

Wissenschaftler in den USA: Proteste gegen Trumps Kürzungswahn!

Forschende protestieren am 7. März 2025 in den USA gegen Trumps Kürzungen von Forschungsgeldern und Impfpolitik.

Washington, USA - In den Vereinigten Staaten kommt es zu massiven Protesten von Wissenschaftlern gegen die Politik von US-Präsident Donald Trump, die in den ersten Wochen seiner zweiten Amtszeit eine Welle von Kürzungen in der Forschungsfinanzierung ausgelöst hat. Am 7. März 2025 gingen in mehreren Städten wie Washington und New York mehrere hundert bis zu tausende Forschende auf die Straßen, um ihrer Wut über die radikalen Einschnitte Ausdruck zu verleihen. Laut **Op-Online** und der Deutschen Presse-Agentur ist die Hauptkritik der Protestierenden die drastische Reduzierung von Fördergeldern, die gezielt die National Institutes of Health (NIH), die National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA) sowie die Columbia-Universität betroffen hat, die mit einem Verlust von 400 Millionen US-Dollar rechnen muss.

Die Proteste sind auch eine Reaktion auf die neuen Verordnungen, die am Tag von Trumps Amtseinführung in Kraft traten. Diese beinhalten unter anderem ein Verbot für Diversity-, Equity- und Inclusion (DEI)-Programme, was eine gezielte Zensur wissenschaftlicher Terminologie zur Folge hat. Unmissverständlich fordern die Demonstranten unter dem Motto „Rettung der Wissenschaft“ eine Rückkehr zu einer fairen und transparenten Forschungsfinanzierung. Der Umstand, dass auch prominente demokratische Politiker wie Senator Chris Van Hollen unterstützend hinter den Protesten stehen, zeigt die

tiefgreifende Besorgnis über den langfristigen Einfluss dieser Kürzungen auf die amerikanische Forschungslandschaft.

Faktoren der Protestbewegung

Die Bewegung „Stand up for Science“ hat in über 30 US-Städten Demonstrationen mobilisiert und dabei auf die drohenden Entlassungen und mögliche Schließungen ganzer Forschungsfelder hingewiesen. Insbesondere sind 65% der Angestellten der Umweltschutzbehörde und 50% der Stellen bei der US-Wissenschaftsstiftung von den Einschnitten betroffen. Dies ist nicht nur eine logistische Herausforderung für die betroffenen Einrichtungen, sondern gefährdet auch die Qualität der Forschung, die letztlich einen fundamentalen Bestandteil des Gesundheitswesens und der Überwachung von Umweltfaktoren darstellt. Der Verlust von bis zu fünf Milliarden US-Dollar an Universitätsbudgets könnte dazu führen, dass öffentliche Hochschulen ihre Forschungsprogramme massiv kürzen müssen oder Studiengebühren erhöhen.

Jennifer Jones von der Union of Concerned Scientists hat das Vorgehen der Regierung als Strategie zur Einschüchterung beschrieben. Diese Einschüchterung geht einher mit einem Verlust an Unabhängigkeit innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft und einer steigenden politischen Einflussnahme, die durch Personalentscheidungen wie die Ernennung neuer Führungskräfte in Schlüsselpositionen sichtbar wird.

Globale Resonanz und langfristige Folgen

Die Einflüsse der aktuellen Entwicklungen in den USA auf die weltweite Wissenschaftsgemeinschaft sind gravierend. Viele befürchten, dass Milliarden-Kürzungen in der Gesundheitsforschung sowie der Rückzug der USA aus der Weltgesundheitsorganisation die globale Bekämpfung von Krankheiten ernsthaft gefährden. Auch die amerikanische Abkehr von internationalen Klimazielen, wie dem Pariser Abkommen, hat bereits für weltweite Beunruhigung gesorgt.

Laut **Deutschlandfunk** gibt es jedoch keine koordinierte Reaktion der meisten Wissenschaftsorganisationen, was die Dringlichkeit der Protestbewegung zusätzlich unterstreicht.

Die Fragen zur Unabhängigkeit und Integrität der Wissenschaft werfen zugleich auch bedeutende kulturpolitische und institutionelle Herausforderungen auf. Forschungen zur Entstehung sozialer Bewegungen zeigen, dass solche Proteste nicht nur zeitweise Reaktionen sind, sondern tiefgreifende Veränderungen in der gesellschaftlichen Wahrnehmung und rechtlichen Rahmenbedingungen bewirken können. Insbesondere der Einfluss von sozialen Bewegungen auf gesetzgeberische Prozesse und ihre Rolle in der politischen Soziologie sind zentrale Themen aktueller sozialwissenschaftlicher Diskussionen.

In einer Zeit, in der das Engagement der Wissenschaftler gefordert ist, scheint das Potenzial zur Veränderung durch kollektives Handeln – wie durch die aktuelle Protestbewegung – deutlich zu werden. Der Wissenschafts- und Forschungsstandort USA könnte durch die aktuelle Entwicklung ernsthaft in seiner Führungsposition gefährdet werden, sollten diese Proteste die notwendige Aufmerksamkeit nicht erhalten. Die Stimme derjenigen, die für den Erhalt der Wissenschaft eintreten, könnte die Wende einleiten, die für die Zukunft aller notwendig ist.

Diese Entwicklungen sind nicht nur eine nationale Angelegenheit; sie spiegeln globale Trends wider, die in der heutigen Zeit mehr denn je von Bedeutung sind: Wissenschaft und Politik stehen in einem Spannungsfeld, das sowohl Möglichkeiten als auch Risiken in sich birgt. Der fortdauernde Druck durch soziale Bewegungen könnte daher entscheidend dafür sein, wie zukünftige Forschungslandschaften gestaltet werden.

Vorfall	Protest
Ursache	Kürzungen, politische Einflussnahme
Ort	Washington, USA
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.op-online.de• www.deutschlandfunk.de• pmc.ncbi.nlm.nih.gov

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de